

advofax. 01/10

Mandantenservice der Anwaltssozietät Munz Rechtsanwälte

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns und auch im neuen Jahr wird wieder viel passieren. Wir hoffen, Sie gehen nach erholsamen Weihnachtsfeiertagen wieder entspannt und tatkräftig an die Arbeit und wünschen Ihnen für 2010 Gesundheit und Erfolg. Als Ihre Berater stehen wir Ihnen in bewährter Weise auch im Jahr 2010 zur Verfügung. Im vorliegenden advofax möchten wir Ihnen einen Ausblick auf gesetzliche Neuregelungen im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts geben.

Dr. Kerstin Rudolph
Rechtsanwältin

Neue gesetzliche Regelungen im Arbeits- und Sozialrecht 2010

Von Rechtsanwältin Dr. Kerstin Rudolph

Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung für Arbeitsuchende

Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise spielte im vergangenen Jahr das Kurzarbeitergeld eine erhebliche Rolle, um Entlassungen zu vermeiden und flexibel auf die Auftragslage zu reagieren. Ab dem 01. Januar 2010 gilt eine neue Bezugsfrist für das Kurzarbeitergeld von bis zu 18 Monaten. Die Verlängerung auf 18 Monate gilt für Betriebe, die mit der Kurzarbeit im Jahr 2010 beginnen. Für Betriebe, die mit der Kurzarbeit schon 2009 begonnen haben, gilt eine Bezugsfrist von insgesamt 24 Monaten ab dem Bezugsbeginn. Unabhängig von diesen Regelungen bleibt es bei den besonderen Erleichterungen der Kurzarbeit durch die Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung, insbesondere die Erstattung der SV-Beiträge. Diese Regelung befindet sich im SGB III und gilt bis 31.12.2010.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die für die Berechnung des Kurzarbeitergeldes

zugrunde zu legenden pauschalierten Nettoentgelte zum 01.01.2010 angepasst werden.

Die Insolvenzgeldumlage für das Jahr 2010 wird auf 0,41 % festgesetzt.

Sozialversicherung, Rentenversicherung und Sozialgesetzbuch

Der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung beträgt ab dem 01.01.2010 weiterhin 19,9 %. Die Beitragsbemessungsgrenzen wurden angepasst. Sie betragen in der allgemeinen Rentenversicherung in den neuen Bundesländern im Monat EUR 4.650,00 (Jahr: EUR 55.800,00) und in den alten Bundesländern im Monat EUR 5.500,00, im Jahr EUR 66.000,00. Genau so verhält es sich mit der Beitragsbemessungsgrenze für die Arbeitslosenversicherung. Die Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung beläuft sich in allen Bundesländern auf monatlich EUR 3.750,00 und im Jahr auf EUR 45.000,00.

advofax. 01/10

Weiterhin wurde die „Entgeltbescheinigungsrichtlinie“ geschaffen, die Anfang des Jahres 2010 in Kraft getreten ist. Sie regelt einen einheitlichen Mindeststandard zur Ausstellung einer Entgeltbescheinigung für Arbeitnehmer zur Vorlage bei Behörden. Weiterhin startet per 01.01.2010 das elektronische Entgeltnachweisverfahren (ELENA), welches zu einer erheblichen Entlastung der Arbeitgeber im Bereich des Bescheinigungswesens beitragen soll. Ab dem Jahr 2012 werden die Bescheinigungen an die Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbescheinigung nach § 312 SGB III, Nebeneinkommensbescheinigung nach § 313 SGB III und Auskunft für die Beschäftigung nach § 135 III) sowie die Bescheinigungen für Wohngeld und nach dem Bundeselterngeld- und -elternzeitgesetz hierdurch ersetzt werden. Zur Information für Arbeitgeber wird ein Blick auf die Website www.das-elena-verfahren.de empfohlen.

Weitere Änderungen/Ergänzungen der rechtlichen Regelungen gibt es zur Problematik der Unfallversicherung.

Arbeitsrecht und Arbeitsschutz

Sowohl die alte als auch die neue Bundesregierung sehen die Verbesserung des **Datenschutzes für Arbeitnehmer** als einen wesentlichen Regelungspunkt an. Zur Regierungszeit der großen Koalition wurde durch den sozialdemokratischen Arbeitsminister Olaf Scholz ein Diskussionsentwurf für ein Gesetz zum Datenschutz im Beschäftigungsverhältnis vorgelegt. Ende November 2009 legte die SPD-Fraktion einen überarbeiteten Entwurf dieses Gesetzes vor.

Die Koalition von CDU, CSU und FDP hat zwischenzeitlich vereinbart, den Datenschutz im Arbeitsleben

durch praxisgerechte Regelungen für Bewerber und Arbeitnehmer zu verbessern. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen vor Bespitzelungen am Arbeitsplatz wirksam geschützt werden. Es sollen nur solche Daten verarbeitet werden, die für das Arbeitsverhältnis erforderlich sind. D. h., dass Datenverarbeitungen, die sich z. B. auf für das Arbeitsverhältnis nicht relevantes außerdienstliches Verhalten oder auf nicht dienstrelevante Gesundheitszustände beziehen, zukünftig ausgeschlossen werden sollen. Dabei schließt aber der Koalitionsvertrag ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz eindeutig aus, so dass der Gesetzentwurf der SPD keine Aussicht auf Erfolg hat. Die Koalition wird hierzu ein eigenes Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz ausgestalten.

Seit dem 29.12.2009 gilt die novellierte Maschinenverordnung. Sie setzt die Vorgaben der europäischen EG-Maschinenrichtlinie 2006/42/EG in das deutsche Recht um. Ziel dieser Richtlinie ist es, den freien Warenverkehr von Maschinen und die Marktüberwachung in der EU zu verbessern. Der Anwendungsbereich wurde klarer gefasst - auch hinsichtlich der unvollständigen Maschinen. Neben einer Reihe weiterer Regelungen wurden die Anforderungen für das In-Verkehr-Bringen unvollständiger Maschinen durch die Hersteller geregelt. Es müssen dafür spezielle technische Unterlagen erstellt werden, Montageanleitung und Einbauerklärung.

Wichtig zu erwähnen ist außerdem das **Gendiagnostikgesetz**, welches auch arbeitsrechtlich relevante Regelungen enthält. Dabei ist insbesondere das grundsätzliche Verbot für Arbeitgeber und Versicherungen hervorzuheben, genetische Informationen von Bewerberinnen und Bewerbern zu verlangen. Dies soll nur dann möglich sein, wenn die begründete Vermu-

advofax. 01/10

tung besteht, dass ein Beschäftigter aufgrund eines Defekts einen bestimmten Beruf nicht ausüben kann oder dabei gesundheitlichen Schaden nehmen würde. Allerdings sollen Standarduntersuchungen - wie etwa die Untersuchung von Farbenblindheit bei Berufskraftfahrern - erlaubt bleiben.

Wir freuen uns darauf, auch im Jahr 2010 mit Ihnen in Verbindung zu bleiben, Ihr Vertrauen zu erarbeiten und Sie bei unternehmerischen oder privaten Entscheidungen und Gestaltungen begleiten zu können.

Neuigkeiten aus der Kanzlei

Ab 01.01.2010 hat Frau Rechtsanwältin Alexandra Schäfer ihre Tätigkeit in unserer Kanzlei in Dresden aufgenommen. Frau Schäfer ist seit 2 Jahren als Rechtsanwältin zugelassen. Sie wird die Bearbeitung von Insolvenzverfahren übernehmen.

Integrierte Rechts- und Steuerberatung

Wir setzen auch im Jahr 2010 unsere Kooperation mit der B & P Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft mbH sowie einer nahe stehenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und einer Unternehmensberatung fort.

Wir können Ihnen daher in vielen wirtschaftsrechtlichen Bereichen - z. B. Gesellschaftsrecht, Sanierungsberatungen, Unternehmensübernahmen - rechtlich und steuerlich abgestimmte Konzepte anbieten. Auch im Privatrecht - z. B. bei erbrechtlichen Gestaltungen, Grundstücksverkäufen, Verträgen mit nahen Angehörigen - können wir Ihnen rechtlich und steuerlich geprüfte Konzepte erarbeiten und Sie umfassend beraten.